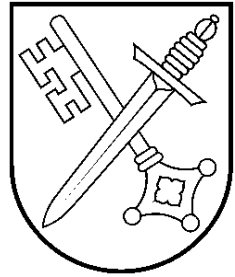


STADT NAUMBURG (Saale)



Vorlagen-Nr.:	110/22
Vorlagentyp:	Entscheidung
Einreicher:	Oberbürgermeister
Prüfung:	<input type="checkbox"/> Barrierefreiheit
	<input type="checkbox"/> Gleichstellung
	<input type="checkbox"/> Finanzen
Eingang am:	24.10.2022
Version	1

Teilnahme:	intern:	Herr Ehrhardt
	extern:	

TOP:	
------	--

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich
--	---

Beratungsfolge:

Gremium	Datum	TOP	Liste	Art*	Ergebnis
Hauptausschuss	18.01.2023	8.	A	V	
Gemeinderat	25.01.2023	11.	B	B	

Art* I=Information V=Vorberatung A=Anhörung B=Beschlussfassung

Betreff:

Änderung der Hauptsatzung

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die 2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Naumburg (Saale).

Finanzielle Auswirkung:

- ☒ nein ☐ ja, in folg. Höhe:
- Deckungsvorschlag: ☐ Haushaltsplan :
 ☐ über-/außerplanmäßig

Buchungsstelle:

Begründung:

Die Hauptsatzung der Stadt Naumburg besteht in Form der 1. Änderungssatzung vom 21.01.2021 unverändert fort. Die Veränderungen auf den Rohstoffmarkt machen jedoch eine Modifizierung der Hauptsatzung erforderlich.

Lieferengpässe, Rohstoffknappheit, erhöhte Nachfrage in In- und Ausland haben sich auf den Bausektor ausgewirkt. Bauen ist im Jahr 2022 deutlich teurer geworden. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, stiegen die Erzeugerpreise für einzelne Baustoffe wie Holz und Stahl im Jahresdurchschnitt 2021 so stark wie noch nie seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949. Zu den gestiegenen Materialpreisen kommen noch die gestiegenen Lohnkosten, die die Preise für Bauleistungen insgesamt erhöhen.

Die gestiegenen Preise wirken sich sehr stark auf die Vergabeverfahren der Stadt Naumburg aus. Die Unternehmen sind immer weniger bereit, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Ein wesentlicher Grund sind die zu langen Vergabeverfahren.

Die Bieter erhalten von ihren Vorlieferanten nur kurzfristige Preisgarantien, was eine Kalkulation fast unmöglich macht. Vor diesem Hintergrund wollen sich Bieter nicht mehr langfristig binden. So ist der Bieterkreis bei Ausschreibungen kontinuierlich zurück gegangen. Einige Ausschreibungen mussten bereits aufgehoben werden, weil sich kein Bieter beteiligte. Dadurch ist ein erheblicher Mehraufwand entstanden.

Die Attraktivität der öffentlichen Hand als Auftraggeber ist in den letzten Jahren -auch wegen der langwierigen Vergabeverfahren- deutlich zurückgegangen. Zudem hat der private Sektor wieder an Attraktivität gewonnen, weil sich die Zahlungsmoral verbessert hat.

Das Vergabeverfahren muss deshalb beschleunigt werden. Nach dem gesetzlichen Leitbild in § 10 VOB/A soll die ausgeschriebene Leistung so schnell wie möglich vergeben werden. In Abs. 4 heißt es:

“Der Auftraggeber bestimmt eine angemessene Frist, innerhalb der die Bieter ihre Angebote an ihre Angebote gebunden sind (Bindefrist). Diese soll so kurz wie möglich und nicht länger bemessen werden, wie der Auftraggeber für eine zügige Prüfung und Wertung der Angebote benötigt. Eine längere Bindefrist als 30 Kalendertagen soll nur in begründeten Ausnahmefällen festgelegt werden. Das Ende der Bindefrist ist durch Angabe des Kalendertages zu bezeichnen.“

Diesem Leitbild der VOB wird die Stadt Naumburg nicht gerecht. Vergaben benötigen bis zu 2 Monate bis zum Zuschlag. Dies liegt im Wesentlichen an der Bekanntmachung im Amtsblatt (Schließung der Tagesordnung 3 Wochen vor Sitzung) und den Ladungsfristen für FiVA und Gemeinderat. Dies hat in der Vergangenheit allerdings nie zu Problemen geführt, weil die Baupreise stabil waren.

Dies ist nun nicht mehr so!

Die Verwaltung schlägt deshalb vor:

1. Die Wertgrenze des Finanz- und Vergabeausschusses auf 1.000.000 Euro netto zu erhöhen (bisher 250.000 Euro netto).
2. Öffentliche Bekanntmachungen nur noch im Internet vorzunehmen.

zu 1. Änderung des § 9 Abs. 3 Nr. 6 der Hauptsatzung

Die Beratung soll bis zu 1.000.000 Euro abschließend im zuständigen Fachausschuss geführt werden. Der FiVA hat sich dazu bekannt, auch kurzfristig für Sitzungen zusammen zu kommen. Damit könnten Vergabeverfahren bis 1.000.000 Euro kurzfristig abgeschlossen werden.

zu 2. Neufassung des § 26 der Hauptsatzung

Nach bisheriger Hauptsatzung ist es so, dass alle öffentlichen Bekanntmachungen im Amtsblatt zu erfolgen haben. Dies hat sich als nachteilig herausgestellt, weil das Amtsblatt (wegen dem Redaktionsschluss) eine 3-wöchige Vorlaufzeit benötigt. Auf kurzfristige Änderungen konnte nicht mehr reagiert werden. Auch die Zusammenarbeit mit dem Amtsblatt verlief nicht immer reibungslos.

Um schneller reagieren zu können, sollen öffentliche Bekanntmachungen in Zukunft im Internet erfolgen. Zahlreiche Städte (z.B. Zeitz und Jessen) haben bereits auf Internet umgestellt. Der Städte- und Gemeindebund hat die Musterhauptsatzung bereits angepasst. An diese Formulierung haben wir uns angelehnt. Die Kommunalaufsicht wurde bereits beteiligt.

Nach der neuen Regelung müssen Zeit, Ort und Tagesordnung mindestens 3 Kalendertage vor der Sitzung öffentlich bekannt gemacht werden, was eine erhebliche Zeitersparnis bedeutet. Auch Satzungen und Verfügungen können schneller bekannt gemacht werden, was zu einem schnelleren Vollzug führt.

An den Ladungsfristen und den üblichen Gepflogenheiten für Gemeinderatsmitglieder ändert sich nichts.

Anlage2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung

Armin Müller
Oberbürgermeister